

Stellungnahme des BApK zu den Forderungen der CSU zum Umgang mit psychisch erkrankten Menschen

Der Bundesverband der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen (BApK) ist zutiefst erschüttert über die tragischen Ereignisse in Aschaffenburg. Unser tiefes Mitgefühl gilt allen Hinterbliebenen und Betroffenen dieses unfassbaren Vorfalls. Solche Geschehnisse verdeutlichen die Dramatik, die psychische Krisen annehmen können, und erfordern eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der psychiatrischen Versorgung. Gleichzeitig möchten wir eindringlich davor warnen, in der unmittelbaren Reaktion auf solche Tragödien reflexartig Verschärfungen oder neue gesetzliche Regelungen zu fordern. Es gibt keine schnellen oder einfachen Lösungen – vor allem, wenn es um Menschen in psychischen Ausnahmesituationen geht.

Rückschritt statt Fortschritt: Die Forderungen der CSU

Die jüngsten Forderungen der CSU, die nach den Ereignissen in Aschaffenburg nach einer Verschärfung gesetzlicher Regelungen für den Umgang mit psychisch erkrankten Menschen rufen, sind ein klarer Rückschritt in der Weiterentwicklung einer modernen und menschenrechtsorientierten Psychiatrie. Es ist nicht hinnehmbar, dass im Jahr des 50-jährigen Jubiläums der Psychiatrie-Enquete, die einst den Grundstein für eine offene und ambulant ausgerichtete Versorgung legte, erneut nach repressiven Maßnahmen gerufen wird.

Bereits heute gibt es hinreichende gesetzliche Regelungen, um bei Fremdgefährdung durch psychisch erkrankte Menschen angemessen zu handeln, in den Unterbringungsgesetzen der Länder, in BGB und StGB. Was fehlt, ist keine strengere Gesetzgebung, sondern der konsequente Ausbau eines präventiven Versorgungsnetzes, das Krisen frühzeitig auffängt und deeskaliert.

Prävention statt Symbolpolitik

Der immer wiederkehrende Ruf nach repressiven Maßnahmen lenkt von den tatsächlichen Herausforderungen ab. Was wir dringend brauchen, ist eine Stärkung der Prävention und der Krisenintervention. Es ist beschämend, dass Deutschland es bislang versäumt hat, flächendeckende und gut ausgestattete Krisendienste aufzubauen, die deeskalierend und unterstützend in akuten Notlagen wirken können.

Hinzu kommt, dass die Forderung der CSU und CDU, Geflüchteten lediglich eine medizinische Grundversorgung zu gewähren, in klarem Widerspruch zu den Anforderungen einer seriösen und professionellen Beurteilung psychischer Erkrankungen und möglicher Fremdgefährdung steht.

Psychische Krisen und Erkrankungen, insbesondere bei Menschen mit traumatischen Fluchterfahrungen, erfordern eine umfassende psychiatrische und psychotherapeutische Diagnostik und Behandlung. Eine selektive Versorgung verhindert nicht nur eine menschenwürdige Behandlung, sondern untergräbt auch die Möglichkeit, eine fundierte Einschätzung von Gefährdungspotenzialen. Ohne angemessene Unterstützung und Versorgung können psychische Erkrankungen unentdeckt und unbehandelt bleiben, was sowohl für die Betroffenen selbst als auch für die Gesellschaft schwerwiegende Folgen haben kann. Wer Sicherheit fordert, darf nicht auf selektive Versorgung setzen, sondern muss auf Fairness und Professionalität bestehen!

Krisendienste, die rund um die Uhr erreichbar sind, multiprofessionell arbeiten und eng mit anderen Versorgungseinrichtungen kooperieren, könnten helfen, Eskalationen zu vermeiden. Gleichzeitig müssen niedrigschwellige Angebote für psychisch erkrankte Menschen und ihre Angehörigen geschaffen werden, die frühzeitig Unterstützung bieten.

Sektorübergreifende Zusammenarbeit und Ambulantisierung vorantreiben

Ein weiterer zentraler Punkt ist der Ausbau der ambulanten Versorgung und die verbindliche Zusammenarbeit zwischen Klinik und ambulanten Diensten. Noch immer gibt es zu viele Brüche im System, die dazu führen, dass Betroffene und ihre Angehörigen ohne ausreichende Unterstützung zurückgelassen werden. Aufsuchende Hilfen und die Einrichtung multiprofessioneller Teams, wie sie in anderen Ländern längst erfolgreich etabliert sind, müssen auch in Deutschland endlich konsequent umgesetzt werden.

Es geht um Menschen: Keine einfachen Lösungen für komplexe Probleme

Psychische Erkrankungen sind komplex und vielschichtig – und ebenso komplex müssen die Antworten darauf sein. Schnelle, vermeintlich einfache Lösungen wie härtere Gesetze oder eine Verschärfung von Zwangsmaßnahmen sind weder angemessen noch wirksam. Sie tragen vielmehr dazu bei, Betroffene und ihre Familien weiter zu stigmatisieren und die Kluft zwischen ihnen und der Gesellschaft zu vergrößern.

Die Ereignisse in Aschaffenburg müssen als Mahnung verstanden werden, endlich die Ressourcen und Mittel in die Hand zu nehmen uns so zu lenken, dass eine umfassende und menschenwürdige Versorgung sichergestellt werden kann. Reflexhafte Forderungen nach mehr Härte sind dabei ein Irrweg, der den Fortschritt der letzten Jahrzehnte gefährdet.

Aus der Geschichte lernen: Verantwortung für die Zukunft übernehmen

Die aktuellen Forderungen der CSU erinnern in ihrer Grundhaltung bedenklich an vergangene Zeiten, in denen psychisch erkrankte Menschen als "Gefahr" für die Gesellschaft stigmatisiert wurden. Besonders im Kontext der NS-Zeit zeigt die deutsche Geschichte eindrücklich, wohin derartige Denkweisen führen können. Zwangsmaßnahmen, die unter dem Deckmantel von "Schutz" und

"Sicherheit" eingeführt werden, öffnen die Tür zu Entmenschlichung und Diskriminierung. Stattdessen müssen wir uns fragen, wie wir eine Gesellschaft schaffen können, die Betroffene frühzeitig unterstützt, Krisen deeskaliert und ihnen eine Perspektive gibt. Eine solche menschenrechtsbasierte Psychiatrie ist keine Utopie, sondern eine Aufgabe, die wir als Gesellschaft und Politik gemeinsam konsequent angehen müssen.

Der Weg nach vorne: Mehr Forschung und Partizipation

Statt rückwärtsgewandter Forderungen, die den Geist der Psychiatrie-Enquete konterkarieren, müssen die finanziellen Mittel in innovative Forschung investiert werden. Es bedarf Studien, die untersuchen, wie Prävention und frühe Hilfen am effektivsten gestaltet werden können. Immens wichtig ist dabei die Einbeziehung von Betroffenen und Angehörigen, die mit ihrem Erfahrungswissen entscheidend dazu beitragen können, Versorgungskonzepte bedarfs- und lebensweltorientiert zu gestalten.

Menschlichkeit statt Populismus

Die Forderungen der CSU verfehlen nicht nur die tatsächlichen Bedarfe der psychiatrischen Versorgung, sondern stellen auch einen alarmierenden Rückschritt dar. Sie lenken von den eigentlichen Herausforderungen ab, die in der Stärkung von Prävention, Krisendiensten und ambulanter Versorgung liegen. Im Jahr des Jubiläums der Psychiatrie-Enquete darf die Politik nicht hinter die Errungenschaften der letzten Jahrzehnte zurückfallen, sondern muss ihrer Verantwortung gerecht werden, eine menschenwürdige, inklusive und moderne Psychiatrie in einer informierten Gesellschaft zu gestalten.

Heike Petereit-Zipfel am 28.1.2025 für den Bundesverband der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen

kommissarische Vorsitzende des BApK

Heike Petereit-Zipfel

0160-975 32 768

Heike.petereit-zipfel@bapk.de